



Foto: Gedenkhalle Schloß Oberhausen

Von Günter Born

Die Gedenkhalle Schloß Oberhausen

Gedenkstätten in NRW – Teil 2

Der Vortragsraum im wiedererrichteten Südflügel des Schlosses Oberhausen war überfüllt, als am 2. September 1962 Oberbürgermeisterin **Luise Albertz** (SPD) die den Opfern des Nationalsozialismus gewidmete Gedenkhalle eröffnete. Neben zahlreichen Politikern und Medienvertretern waren auf Einladung der Stadt auch etliche Verfolgte des NS-Regimes erschienen. Albertz betonte die Notwendigkeit einer intensiven Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Die Gedenkhalle sei nicht als „Mausoleum“ konzipiert worden, vielmehr gehe es darum, eine „Stätte der Begegnung [...] vor allem für junge Menschen“ zu schaffen, „die das grausige Geschehen der Jahre 1933 bis 1945 nicht selbst erlebt haben, sondern es oft nur aus unzulänglichen Erzählungen kennen“ würden. Den Kern der Einrichtung bildete daher eine Dauerausstellung, die sich vor allem an Jugendliche richtete und nüchtern-dokumentierend über die Zeit des Nationalsozialismus in Ober-

hausen sowie die in den Konzentrationslagern begangenen Verbrechen informieren sollte.

„Unbewältigte Vergangenheit“

Mit der Gedenkhalle entstand die erste NS-Gedenkstätte auf dem Gebiet der BRD. Es existierte nun ein Ort, der gleichermaßen mahnendes Gedenken an die Opfer der präzedenzlosen Verbrechen ermöglichen, wie auch zur historisch-politischen Aufklärung über den Nationalsozialismus beitragen sollte.

Die Eröffnung der Gedenkhalle im Schloß Oberhausen war Ausdruck eines sich seit dem Ende der 1950er Jahre vollziehenden erinnerungskulturellen Transformationsprozesses. Bewegte sich die Beschäftigung mit der NS-Zeit im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik vorwiegend zwischen „kommunikativem Beschweigen“ (**Hermann Lübbe**) des Geschehenen und Diskursen, die fast ausschließlich um die deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs kreisten, rückten nunmehr kritische Fragen nach der „unbewältigten Vergangenheit“ stärker ins öf-

fentliche Bewusstsein. Als besonders defizitär galt dabei die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit im Bereich der schulischen, aber auch der außerschulischen Bildungsarbeit; eine Feststellung, auf die nicht zuletzt Luise Albertz mit ihrem Hinweis auf die „unzulänglichen Erzählungen“ über das „grausige Geschehen der Jahre 1933 bis 1945“ angespielt hatte.

Maßgeblich forciert wurden die Debatten um die „unbewältigte Vergangenheit“ und das Fortwirken rechtsextremer Denkmuster durch eine regelrechte Welle antisemitischer Anschläge, die um die Jahreswende 1959/1960 im bundesweiten Maßstab, vor allem aber auch in Nordrhein-Westfalen dramatische Dimensionen annahm. Der spektakulärste Vorfall ereignete sich zweifellos in Köln, wo in der Nacht auf den 25. Dezember 1959 die wenige Monate zuvor eingeweihte Synagoge mit Hakenkreuzen und Parolen wie „Deutsche fordern, Juden raus“ beschmiert worden war. Zwar konnte die Polizei zwei Täter, beide Mitglieder der *Deutschen Reichspartei* (DRP), festzunehmen, der Anschlag wirkte jedoch wie ein Fanal. Allein im Zeitraum zwischen Weihnachten 1959 und Ende Januar 1960 registrierte die Bundesregierung 685 nazistische und antisemitische Vorkommnisse. Im gesamten Jahr 1960 summierte sich die Bilanz auf 1.206 Fälle. Zwei Fünftel der bis Anfang 1960 in Erscheinung getretenen mutmaßlichen Täter waren Jugendliche im Alter zwischen 14 und 20 Jahren.

Die Bundesregierung um **Konrad Adenauer**, die um das Ansehen der Bundesrepublik auf internationaler Ebene fürchtete, bemühte sich, die rechtsextremistischen und antisemitischen Hintergründe der Anschläge herunterzuspielen. Adenauer sprach etwa im Januar 1960 von „Flegelien ohne politische Grundlage“ und bezeichnete die Täter als „Lümmel“, die eine „Tracht Prügel“ verdient hätten. Öffentliche Debatten über die Verbreitung rechtsextremer Einstellungsmuster in der Bevölkerung versuchte die Bundesregierung möglichst zu ver-

meiden. Zu dieser Haltung passte auch, dass bereits im Jahr 1957 die Ergebnisse einer demoskopischen Studie über die Verbreitung antisemitischer Vorurteile und Aggressionen in der Bundesrepublik von der *Bundeszentrale für Heimatdienst* (der Vorläuferorganisation der *Bundeszentrale für politische Bildung*) zur „geheimen Verschlussache“ erklärt worden waren.

Nicht erst seit der Anschlagswelle der Jahre 1959/1960 mehrten sich jedoch die Stimmen, die eine umfassendere Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dessen ideologischen, mentalen und personellen Kontinuitätslinien forderten. Engagierte JournalistInnen, Schriftsteller und Studierende, aber auch Gewerkschaftsaktivisten und nicht zuletzt zahlreiche überlebende Opfer des NS-Regimes machten nun immer vernehmbarer auf die politischen und moralischen Folgen einer Vergangenheitspolitik aufmerksam, die in erster Linie darauf angelegt gewesen war, das Millionenheer ehemaliger Parteigenossen, nationalsozialistischer Funktionseleiten und kleiner Mitläufer materiell und emotional in das politische System der Bundesrepublik zu integrieren.

Die Kritik an der „unbewältigten Vergangenheit“ fand ihren spektakulären Ausdruck etwa in der vom *Sozialistischen Deutschen Studentenbund* (SDS) initiierten Ausstellung „Unge-sühnte Nazijustiz“, die im November 1959 erstmals gezeigt wurde, spiegelte sich seit dem Ende der 1950er Jahre aber auch in zahlreichen Seminarprogrammen und Vortragsreihen von Volkshochschulen, Gewerkschaften sowie weiterer Bildungseinrichtungen wider. Der Jugendreferent der *Volkshochschule Oberhausen* veranstaltete beispielsweise im Arbeitsjahr 1960 / 1961 gemeinsam mit dem DGB ein Wochenendseminar zum Thema „Der Nationalsozialismus und die Judenfrage“. Im gleichen Jahr organisierte die VHS Dortmund einen vor allem kulturell ausgerichteten Abend unter dem Motto: „Ein Zeichen gilt es auf-

zurichten. Dokumente, Gedanken und dichterische Aussage zum jüdischen Schicksal in jüngster Vergangenheit“. Bereits im Juni 1959 hatte die *Arbeitsgemeinschaft für politische und soziale Bildung* (heute *Arbeit und Leben*) im Rahmen der Ruhrfestspiele in Recklinghausen ein mehrtägiges Seminar „Unbewältigte Vergangenheit – demokratische Zukunft“ durchgeführt, bei dem u.a. der hessische Generalstaatsanwalt **Fritz Bauer** aufgetreten war. Der von ihm maßgeblich initiierte Frankfurter „Auschwitz-Prozess“ (1963-1965), wie auch schon zuvor der Prozess gegen **Adolf Eichmann** vor dem Jerusalemer Bezirksgericht im Jahr 1961 trugen neben der Welle antisemitischer und rechtsextremer Vorfälle entscheidend dazu bei, dass die Diskussionen um die kaum übersehbaren Defizite in der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit auf breiterer gesellschaftlicher Basis geführt wurden. Freilich sahen sich diejenigen, die öffentlich eine intensivere Beschäftigung mit der NS-Zeit anmahnten, nicht selten mit dem Vorwurf der „Nestbeschmutzung“ konfrontiert. Dennoch war in der Folgezeit ein „bildungspolitischer Aktivismus“ (Ciupke / Reichling) zu beobachten, der in neuen Schulrichtlinien, Lehrerausbildungsreformen und der Einführung des neuen Schulfachs „Gemeinschaftskunde“ zum Ausdruck kam.

Die Gründung der Gedenkhalle Schloß Oberhausen

Die „Rückkehr der NS-Vergangenheit“ in die bundesdeutsche Öffentlichkeit bildete demnach den erinne-

rungskulturellen Hintergrund, vor dem im März 1960 der Rat der Stadt Oberhausen einstimmig für die Einrichtung der Gedenkhalle votierte. Mit der Entscheidung, die Dauerausstellung im Südflügel des Schlosses unterzubringen, dem repräsentativsten Gebäude der Stadt, das jedoch keine historischen Bezüge zum Nationalsozialismus aufwies, wollte man zudem die zentrale Bedeutung der Gedenkstätte hervorheben. Die Gedenkhalle bildete eine funktionale Einheit, die das Erinnerungspostulat mit einem gegenwarts- bzw. zukunftsorientierten Bildungsanspruch verknüpfte. Bei der inhaltlichen Gestaltung der Dauerausstellung wurden die Erfahrungen und Perspektiven ehemals vom NS-Regime Verfolgter bewusst miteinbezogen.

Obgleich die Gedenkhalle zu diesem Zeitpunkt in ihrer inhaltlichen und konzeptionellen Ausrichtung als einzigartig gelten konnte, entsprachen die dort angebotenen historischen Deutungs- und Sinnstiftungsmuster in ihrer religiös aufgeladenen Metaphorik im Wesentlichen dem erinnerungskulturellen Zeitgeist der frühen Bundesrepublik. Darauf verwies zum einen das der Ausstellung vorangestellte und auf einer großformatigen Schiefertafel im Eingangsbereich der Gedenkstätte angebrachte Bibelzitat: „Nur die Wahrheit wird uns frei machen“ (Johannes 13,34), das unverkennbar als Bezugnahme auf die zynische von den Nationalsozialisten geprägte Parole „Arbeit macht frei“ zu lesen war, gleichzeitig aber auch das Versprechen auf Erlösung transportierte.



Foto: Gedenkhalle Schloß Oberhausen

Zum anderen griff die vor der Gedenkhalle platzierte überlebensgroße Skulptur „Die Trauernde“ das vor allem in der katholischen Ikonografie verbreitete Motiv der Pieta, der trauernden Mutter, auf. Die Verwendung christlicher Symbole war (und ist) in diesem Kontext freilich nicht unproblematisch, fanden hier die nicht-christlichen, zumal die jüdischen Opfer des NS-Regimes, keine angemessene Repräsentation. Zudem sollte „Die Trauernde“ einen für möglichst viele gesellschaftliche Spektren identifizationsfähigen Gedenkort darstellen. Eine vor der Skulptur eingelassene Inschrift, erinnert gleichermaßen an die Toten beider Weltkriege, die von den Nationalsozialisten aus politischen und rassistischen Motiven Ermordeten, aber auch die Opfer der „Unfreiheit und der Vertreibung“.

Die vor allem für die 1950er und frühen 1960er Jahre charakteristische erinnerungskulturelle Gleichsetzung unterschiedlichster Opfergruppen ließ sich auch in der Dauerausstellung erkennen. Zwar nahmen die Texttafeln und Exponate ausschließlich auf den Nationalsozialismus und dessen Ver-

brechen Bezug, an der Stirnseite der Gedenkhalle war jedoch eine großformatige Fotomontage angebracht, die Eindrücke von der Befreiung der Konzentrationslager, mit Aufnahmen des zerstörten Dresden und dem Bild eines deutschen Flüchtlingstrecks aus den Ostgebieten in Verbindung setzte.

Trotz der beschriebenen erinnerungskulturellen Umbrüche am Ende der 1950er Jahre blieb die Gedenkhalle im Schloß Oberhausen in den folgenden zwei Jahrzehnten der einzige kontinuierlich arbeitende Lern- und Erinnerungsort zur NS-Vergangenheit in NRW. Weitere Gedenkstätten entstanden erst während der 1980er Jahre, meist auf Initiative lokaler, basisorientierter Geschichtswerkstätten. Deren Aktivisten forcierten einen Paradigmenwechsel in der wissenschaftlichen und erinnerungskulturellen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Ausgehend von sozial- und alltagsgeschichtlichen Fragestellungen rückten die konkreten Ausprägungen nationalsozialistischer Herrschaft, aber auch die Formen von Resistenz und Widerstand „vor Ort“ ins Zentrum der Betrachtungen. In Oberhausen fand diese Entwicklung ihren Ausdruck in einer vollkommen neu gestalteten Dauerausstellung, die unter dem Titel „Widerstand und Verfolgung in Oberhausen 1933 bis 1945“ am 9. November 1988 eröffnet wurde und bis in die unmittelbare Gegenwart weitgehend unverändert geblieben ist.

Die Zukunft der Gedenkhalle

Die nicht nur in der Gedenkhalle, sondern auch in zahlreichen anderen NS-Gedenkstätten vorgenommene dichotome Gegenüberstellung von „Verfolgung“ und „Widerstand“ wird indessen zunehmend hinterfragt. Neuere Forschungen zum Nationalsozialismus haben auf eine weitaus größere Spannweite von mehrdeutigen Handlungs- und Verhaltensmustern unterschiedlichster Akteursgruppen aufmerksam gemacht, die sich nicht auf einfache Bipolaritäten reduzieren lassen. Widerwilligkeit im Einzelnen

musste grundsätzliche Zustimmung zur Politik des Regimes nicht unbedingt ausschließen.

Dieser umfassenderen Perspektive auf die Geschichte des Nationalsozialismus soll in Zukunft eine neu konzipierte Ausstellung in der Gedenkhalle Rechnung tragen. Vorgesehen ist zum einen, den lange Zeit „vergessenen Opfern“ des NS-Regimes, wie etwa den Sinti und Roma oder den Zwangsarbeitern größere Aufmerksamkeit zu widmen, wobei es nicht zuletzt darum gehen soll, „das rassistische System der Zwangsarbeit und damit auch das Verhalten der beteiligten Deutschen [...] zu veranschaulichen“. Zum anderen wird der geschichts- und vergangenheitspolitische Umgang mit den Hypothesen des „Dritten Reichs“ nach 1945 zum Thema der Ausstellung werden. In diesem Kontext gerät aber auch die vor 45 Jahren eröffnete Gedenkhalle selbst in den Fokus einer kritischen Aufarbeitung, lassen sich doch anhand dieser Einrichtung wie kaum an einem anderen Ort die unterschiedlichen Phasen und die erinnerungskulturellen Umbrüche in der Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus darstellen.

Allerdings wäre es fatal, würde mit der Neukonzeption der Gedenkstätte deren Entpolitisierung einhergehen. Denn über die vergangenen vier Jahrzehnte hinweg war die Gedenkhalle immer auch Ort gegenwartsbezogener gesellschaftskritischer Debatten, zumal zu Aspekten des Rechtsextremismus. Insofern haben die Erwartungen, die am Beginn der 1960er Jahre an die Einrichtung der Gedenkhalle geknüpft waren, auch heute nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Nach wie vor gilt es, „die Zeit der NS-Diktatur und ihre Ursachen und Auswirkungen den nachfolgenden Generationen so zu vermitteln, dass Verantwortung und Überzeugung eine Wiederholung verhindern, dass Trauer und Nachdenken, aber auch Handlungsbereitschaft Raum gegeben werde“.



Foto: Gedenkhalle Schloß Oberhausen